Preis 10 Pfennig. Abend-Ausgabe.

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Die „Freiheit" erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zusendung unter Streifband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Inserate kosten die siebengespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 80 Pf. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 50 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

Jahrgang 1 — Donnerstag, den 21. November 1918 — Nummer 12

Kiel für die sozialistische Republik.

Eine Proklamation der Kieler Arbeiter und Soldaten.

Privattelegramm der „Freiheit".

Kiel, 21. November.

Wir erhalten folgende Kundgebung:

Durch die glorreiche Revolution ist das monarchisch-militaristische Gewaltsystem zusammengebrochen. Ein System, das Europa 10 000 000 Menschen und den größten Teil seines Reichtums raubte. Aber wir haben keine Ursache, nun anzunehmen, unsere Aufgabe sei erfüllt. Der Militarismus ist zerschlagen, aber seine Ursache, der Kapitalismus, ist noch in vollster Kraft. Während die große Masse des Volkes verarmte, ist es einer kleinen Minderheit von Kapitalisten und Großgrundbesitzern gelungen, ungeheure Machtmittel in ihrer Hand zu vereinigen. Das dürfen wir nicht dulden. Wir wollen nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Wir bemerken, daß die Erkenntnis, worum es sich handelt, noch lange nicht klar genug erkannt wird. Wir stellen daher klar und deutlich unser Ziel auf. Wir wollen nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Demokratie. Unser Ziel ist die sozialistische Republik. Um sie zu verwirklichen, ist notwendig: die politische Macht muß zunächst, bis die Früchte der Revolution gesichert sind und ein Rückschlag ausgeschlossen erscheint, in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte bleiben. Die Banken und die Großbetriebe der Industrie sowie der Großgrundbesitz sind sofort als Nationaleigentum zu erklären. Im übrigen ist Vorsorge zu treffen, daß eine sichere Grundlage geschaffen wird, die den Uebergang zur sozialistischen Republik gewährleistet, dann, aber auch nur dann, wird die proletarische Revolution von 1918 davor bewahrt bleiben, ein ähnliches Schicksal zu erleiden wie die bürgerliche Revolution von 1848, wo binnen Jahresfrist das deutsche Volk um seine teuer erkämpfte Freiheit betrogen wurde. Beachten wir die Lehren und Warnungen der Geschichte. Jetzt ist die Gelegenheit, wo jeder zeigen kann, ob er in Wahrheit sein Vaterland liebt, oder ob ihm sein Geldsack über alles geht. Wir haben jahrelang zwecklos für den Kapitalismus unsere Haut zu Markte getragen. Wir wollen für unsere Nachkommen ein für allemal die Möglichkeit eines solchen Massenmordens aus der Welt schaffen. Wir wollen mit vervielfachten Kräften für unsere Ideen kämpfen, wir wollen kein Chaos, keinen Bürgerkrieg, denn uns sind Menschenleben heilig, sondern die politische und wirtschaftliche Demokratie, die Ordnung der sozialistischen Republik.

Und nun, Kameraden und Genossen, frisch ans Werk!

Der oberste Soldatenrat Kiel.
gez. Popp, Koch, Ullrich, Pfaff, Hartig.
Der Arbeiterrat Kiel.

Der Beschluß ist in beiden Räten einstimmig angenommen. Der Arbeiterrat Kiel ist zusammengesetzt aus den Vorstandsmitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der U. S. P. D. sowie den Obmännern der Großbetriebe Kiels.

*

Die Vorbereitung der Sozialisierung.

Die Kommission, welche die Volksbeauftragten zur Erstattung eines schleunigen Gutachtens darüber eingesetzt haben, welche Betriebe sofort vergesellschaftet werden sollen, wird aus Professor Ballod, Professor Ernst Francke, Walter Rathenau, Privatdozent Dr. Lederer, Dr. Vogelstein, Dr. Rudolf Hilferding, Karl Kautsky, Heinrich Cunow und Otto Hué bestehen. Es ist möglich, daß noch weitere Mitglieder hinzugezogen werden.

Fürst Bülow, der Anarchist.

Wie die „Fr. Z." mitteilt, wurden im Züricher Kantonsrat neue Mitteilungen über die vorjährigen Bombenfunde in Zürich gemacht, und damit angedeutet, daß in dieser Angelegenheit auch ein früherer Reichskanzler verwickelt sei. Wie die „Nationalzeitung" vernimmt, handelt es sich dabei um den Fürsten Bülow, der bekanntlich während des Krieges längere Zeit am Vierwaldstättersee wohnte. Baron v. Stockau soll die Verbindung zwischen dem Fürsten Bülow und schweizerischen Anarchisten hergestellt haben, der ihnen die Sprengstoffe übergab, um sie an italienische Anarchisten weiterzuleiten. Die Untersuchung der ganzen Bombenaffäre soll Ende dieses Monats abgeschlossen werden, worauf die Gerichte sprechen werden.

Es ist höchste Zeit, daß alle Geheimarchive der deutschen Aemter endlich unter Aufsicht kommen und einer eingehenden Prüfung unterzogen werden.

Angebliche Einigungsverhandlungen.

Bürgerliche Blätter bringen Meldungen über angebliche Einigungsverhandlungen zwischen der alten sozialdemokratischen Partei und den Unabhängigen. Uns ist von solchen Verhandlungen nichts bekannt und es besteht auf unserer Seite gar keine Absicht, auf solche Verhandlungen einzugehen. Wir meinen im Gegenteil, daß das Bestehen einer nur von prinzipiellen, revolutionären und sozialistischen Grundsätzen geleiteten Partei gerade in diesen geschichtlichen Zeiten von größter Bedeutung ist und daß uns noch große Aufgaben bevorstehen, deren Lösung durch die Verbindung mit der alten Partei nicht gefördert würde.

Die französischen Sozialisten und die deutsche Revolution.

Bern, 20. Nov. Gegen Verdächtigungen der deutschen Revolution in der nationalistischen französischen Welt nimmt „Populaire" sehr energisch Stellung. Alle diese Verdächtigungsversuche seien elendes Machwerk. „Populaire" verlangt Klarstellung auf politischem Gebiet und schreibt: Entweder triumphieren die Völker oder die Gegenrevolution. Das Regime, in dem wir leben, in dem die Zensur herrscht, ist unerträglich. Schon unsere bürgerlichen Blätter zeigen uns ja, daß wir nach dem nationalen Verteidigungskrieg einen Krieg der kapitalistischen Verteidigung führen soll. Die sozialistische Partei wird hoffentlich die Kraft haben, die Abschaffung des Belagerungszustandes, der Zensur und die Wiederherstellung der internationalen Aktionsfreiheit durchzusetzen.

*

„Progrès de Lyon" meldet aus Paris, daß der Exekutivausschuß des Allgemeinen Arbeitsbundes bei Clémenceau durch eine Abordnung die Freilassung der wegen ihrer politischen Betätigung verhafteten Syndikalisten beantragt habe. Der Arbeitsbund befürchtet, daß trotz der Zusage der französischen Regierung eine Anzahl der Verhafteten nicht freigelassen wird. Clémenceau hat daraufhin die sofortige Freilassung der in Frage kommenden Personen angeordnet.

Die englischen Arbeitsminister.

Acht Arbeitermitglieder der Regierung sprachen nach einer Konferenz aufs neue ihre Ansicht dahin aus, daß es im höchsten Interesse der organisierten Arbeiter läge, auch weiterhin eine unmittelbare Vertretung in der Regierung zu haben.

Die Arbeiterminister können sich nicht trennen. Ihre Haltung widerspricht den Beschlüssen der englischen Arbeiterpartei, die den Burgfrieden gekündigt und in voller Unabhängigkeit den Wahlkampf durchführen wird.

Die Aufgaben der Reichsregierung.

Das deutsche Reichsschiff ist wrack geworden. Es muß in den Hafen und muß gedockt werden, ehe es zu neuer Fahrt auslaufen kann. Noch befindet es sich auf hoher See und hat einen weiten Weg vor sich. Neue Männer haben das Kommando übernommen. Aber, soll das Schiff nicht ein Spielball des Sturmes und der Wellen werden, dann muß es manövrierfähig gemacht, dann muß es auch gesteuert werden. Ueber Weg und Ziel muß Klarheit herrschen.

Das Ziel heißt sozialistische Republik. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Regierung fest und sicher schon jetzt sozialistischen Kurs steuert. Das Chaos ist der Tod, nicht die Geburt der Revolution.

Wir stehen vor übermenschlichen Aufgaben. Keine Regierung, soweit die deutsche Geschichte reicht, hat eine derartige Aufgabe und eine derartige Aufgabe in derartig kurzer Zeit zu erfüllen gehabt.

Ein Millionenheer wälzt sich aus dem Westen in rasender Eile in die Heimat, Hunderttausende strömen über die östlichen Grenzen. Sie müssen in kürzester Frist demobilisiert, sie wollen aber auch ernährt sein und ein schützendes Dach über dem Kopf haben.

Die gesamte Industrie, die gesamten Banken, alle Behörden sind von den Ereignissen völlig überrascht worden. Die Umstellung zur Friedenswirtschaft, zu der mehrere und ruhige Monate in Aussicht genommen waren, sie muß nun in Wochen vollendet werden.

Dabei drohen auswärtige Verwicklungen mit Polen, Tschechen. Drohen Komplikationen, die bei der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen durchaus möglich sind.

Und doch! Die Regierung muß Ordnung halten. Die Hand fest am Steuer, darf sie sich nicht beirren lassen.

Darf sie vor allem nicht das Ziel aus den Augen verlieren, den Aufbau der sozialistischen Republik.

Die sozialistische Republik ist zwar ausgerufen. Wir haben sie aber noch nicht. Sie muß erst noch geschaffen werden. Und um sie zu schaffen, muß erst das Fundament gelegt werden. Dieses Fundament muß sozialistisch sein. Man wirft uns vor, wir zäumten das Pferd vom Schwanze auf, wenn wir in dem gegenwärtigen Augenblick unsere sozialistischen Ziele in den Vordergrund stellen und auf ihre Durchführung dringen. Die Situation ist doch durchaus klar. Das militaristisch-kapitalistische System ist zusammengestürzt. Ein Chaos von Trümmern breitet sich vor uns aus. Hier, unmittelbar auf diesem Schutthaufen und sofort eine konstituierende Nationalversammlung und eine neue Verfassung aufbauen, ist ein Unsinn.

Wir müssen erst aufräumen. Weg mit dem Faulen und Morschen, weg mit allem, was die zukünftige Entwicklung stört. Für das neue Gebäude müssen wir festen Baugrund haben.

Der feste Baugrund ist der Sozialismus. Anscheinend sind aber heute, im Zeitalter der sozialistischen Republik, selbst manche Genossen zu ängstlich, um von sozialistischer Praxis, von sozialistischen Zielen zu sprechen.

Wie notwendig hier ein klares Programm und seine eindeutige Durchführung ist, beweist die bürgerliche Presse. Sie sucht den Sozialismus auf jede Weise zu diskreditieren. Wo es früher Sozialismus hieß, sagt sie heute Bolschewismus, um jede ernste Diskussion von vornherein unmöglich zu machen. Sämtliche kapitalistischen Theoretiker werden seit acht Tagen aufgeboten, um gegen die sozialistische Weltanschauung zu Feld zu ziehen. Während das Kapital seine Transaktionen ruhig weiter ausführt, Industrie und Finanzkapital sich in Sicherheit bringt, predigt die bürgerliche Presse den Kreuzzug wider den Sozialismus und sammelt die Spießbürger unter der Fahne der heiligen Sparsamkeit. Wir brauchen sofort eine Sicherstellung des Kapitals für das Volksganze, wir brauchen eine scharfe Kontrolle des Kapitals. In jeden Suppentopf steckt der Staat seine Nase; die Regierung muß sich die Bücher des Großkapitals vorlegen lassen.

Gewiß können wir uns heute keine sozialistischen Experimente leisten. Es kann anscheinend nicht oft genug betont werden, daß „Teilen" und Sozialismus zwei ver-

schiedene Dinge sind. Ebenso würde eine Verstaatlichung im Sinne des alten Obrigkeitsstaates mit einer schwerfälligen Beamtenhierarchie den Ruin des Wirtschaftslebens bedeuten.

Dagegen können die großen industriellen Monopole insbesondere die Produktionszweige der wichtigsten Rohstoffe, von der Gesellschaft übernommen werden, die damit einen großen Teil der Verfügungsgewalt über die Gesamtproduktion in die Hand bekommt. Die Regierung darf keinen Moment lang einen Zweifel lassen, daß all ihre Arbeit in der Herbeiführung der sozialistischen Republik besteht. Die politische Demokratie ist uns nur Mittel zur Durchführung des Sozialismus, zur Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, zur Aufhebung der Klassenherrschaft. Nicht um die Kleinen handelt es sich dabei, sondern um die Großen, um jene Kapitalmagnaten, die heute die Verfügungsgewalt über die ganze Arbeit der Gesellschaft in Händen haben. Diese Gewalt muß den Privaten entzogen und in die Hände der sozialistischen Regierung kommen.

Das wird das Volk verstehen, jede unbegründete Unruhe, jede Angst um das Sparbuch des kleinen Mannes wird verschwinden, und man wird Vertrauen gewinnen zum Sozialismus.

Besonders, wenn eine sofortige, planmäßige und grundsätzliche Aufklärung erfolgt.

Redner und Agitatoren heraus!

Jede Minute ist kostbar. Flugblätter müssen zu Hunderttausenden unter das Volk geworfen werden. Der Tag gehöre der Arbeit, der Abend der Agitation!

Erst wenn so die Grundlage geschaffen ist, dann ist die Zeit für die Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung gekommen. Unter dem unaufgeklärten, noch von den Lügen und Vorurteilen des verflossenen Regimes umnebelten Volk hätte die Reaktion heute gut wühlen. Sie würde auch skrupellos in der Nationalversammlung jede Form der Obstruktion anwenden, um einen Neuaufbau unmöglich zu machen.

Das Bürgertum wird sich zusammenschließen, wird sich zusammenfinden zum Kampf gegen den Sozialismus. Das kommt so und so. Da helfen nur Aufklärung und praktischer Sozialismus, Worte und Taten.

Das Kapital auf der Flucht.

Das Kapital hat stets zu den Drückebergern gehört. Kein Gesetz konnte das Durchschlängeln, das Umgehen verhindern. Mit Thesaurierungen, mit Buchungstransaktionen, mit Defraudationsarbitrage usw. wußte sich das Kapital den Aderlässen zu entziehen. Der Krieg hat die Methoden der Kapitalsflucht vermehrt und verfeinert. Die Defraudation erschien nun im Gewande des Aesthetikers oder des Moralisten. Man kaufte Gemälde, Statuen und Truhen oder arbeitete an der Dezentralisation der Großstädte, indem man Landgüter erwarb. Man trieb ferner eine übermäßige Reservepolitik und behauptete, auf solche Weise die werbende Kraft der Produktion zu sichern. Man führte sich sozialpolitisch auf, wies den Pensionskassen und sonstigen Beglückungsfonds große Summen zu, deren Verwaltung man sich vorbehielt. Auch das war Kapitalsflucht, und zwar sehr rentable.

Die Revolution hat das Tempo der Kapitalsflucht außerordentlich beschleunigt. Nie zuvor war das Kapital von einer solchen Hinterziehungsraserei erfaßt. Und mit der Findigkeit, die den Kapitalisten eigen ist, haben sie in kürzester Zeit neue Defraudationsmethoden entdeckt. Es handelt sich nicht nur um Notenhamsterei, um das Verstecken in verschwiegenen Safes, sondern um ein Fliehen riesenhafter Beträge ins Ausland. Das Steuerfluchtgesetz hat nicht viel geholfen. Die Briefkontrolle an der Grenze erfaßt bei weitem nicht alle Fluchtmöglichkeiten. Man kann beispielsweise mit deutschen Niederlassungen ausländische Versicherungsgesellschaften, bedeutende Versicherungsverträge mit sofortiger Gesamtprämienzahlung abschließen in der Hoffnung, daß die ausländischen Regierungen diese Verträge schützen werden. Die Versicherungsgesellschaften scheinen überhaupt seit einiger Zeit sehr beliebte Kapitalsasyle zu sein. Es sind, wie man hört, sehr zahlreiche Angstabschlüsse auf den Erlebensfall getätigt worden. Man sollte schleunigst Maßnahmen gegen diese Flucht treffen.

Eine andere Methode ist die der Schenkung oder der Mitgift. Eine Reihe von Großkapitalisten scheint die Töchter gar nicht schnell genug unter die Haube bringen zu können. Es gibt gewisse Männersorten, die augenblicklich sehr hoch im Preise sind. Hat ein Mann die Möglichkeit, Kapital ungefährdet ins Ausland zu bringen, so kann er heute jede Mitgift haben. Aber auch im Falle des Hierbleibens dieser Männer rechnen die Großkapitalisten mit einer milderen Steuerbelastung bei Teilung des Vermögens. Das Vermögen bleibt dann in der Familie, die Leute hoffen eben, daß die Staffelung günstiger für sie ausfallen wird. Dasselbe Motiv liegt bei den vielen Schenkungen vor. Eine Freigebigkeit bricht da plötzlich hervor, die dem Großkapital sonst fremd war. Bis zum Tode suchte früher jeder zu behalten, was er hatte, die Schenkung bei Lebzeiten war äußerst selten.

Ferner muß man das plötzliche Bestreben gewisser Kapitalisten, im Auslande Fabriken, Bankanstalten usw. zu gründen, aufmerksam verfolgen. Auch dadurch hoffen diese Leute sich eine Exterritorialität zu sichern, die den Kapitalbesitz verbürgt. Man sieht jedenfalls, daß allerlei getan wird, um das heilige Geld noch vor der Opferung zu retten. Das macht einen unsagbar schäbigen Eindruck, ist aber eine außerordentliche Gefahr. Deutschland braucht das Geld zur Abdeckung der Schulden, zur Durchführung der Sozialisierung, also zur Lösung von Aufgaben, die ungeheuer viel wichtiger sind als die Geldwohlfahrt der Kapitalisten. Es ist die allerhöchste Zeit, daß man dagegen vorgeht, und zwar nicht nur mit Ankündigungen, sondern mit Maßregeln!

Zur Lage in Posen.

Proteste gegen die antipolnische Hetze.

In einer zahlreichen Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Posen, welche am 20. d. Mts. im Rathaus zu Posen stattfand, wurde in scharfer Weise gegen die geplante Bildung eines besonderen Armeekommandos Heimatschutz Ost Stellung genommen. Es wurde u. a. darauf hingewiesen, daß sich die Umwälzung in Posen in größter Ruhe vollzogen habe, dank der Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Bevölkerung. Trotzdem sind in der Berliner Presse Nachrichten erschienen, die die Lage in Posen als am gefährlichsten hinstellen. Es handelt sich hier um eine systematische Hetz-Propaganda zu dem offenkundigen Zweck, Mißtrauen zwischen Deutschen und Polen zu säen. Die Inspiratoren dieser Nachrichten sind unter den gefallenen Größen in Posen zu suchen. Was die Errichtung des Heimatschutzes Ost anbelangt, so wird sie von den Hetzern als Boden für politische Betätigung benutzt werden. Es handelt sich hier um eine Ausspielung der Polenfrage gegen die neue sozialistische Regierung und es sei nichts anderes als eine Schutztruppe für die Reaktion in Posen. Es würden sich dort alle die Elemente verkriechen, die in Posen ihre führende Stelle verloren haben. Diese Leute würden hier versuchen, ihren antipolnischen Gefühlen freien Lauf zu geben. Man sei hier Mannsgenug, um die Fragen der Sicherheit und des Schutzes selbst in die Hand zu nehmen. Man würde Mittel und Wege finden, die jede politische Tendenz ausschließen, die aber die Erhaltung der Ordnung organisieren und gewährleisten. Die Polen stehen auf dem Standpunkt, daß die Fragen über die politische Zukunft Posens nicht vorweggenommen werden dürfen, sondern den Friedenskongreß beschäftigen müssen.

Der Unterstaatssekretär v. Gerlach, der an der Delegiertenversammlung teilnahm, führte u. a. aus, daß die Regierung die Polenfrage als eine Frage der Zukunft betrachte. Es handele sich hier lediglich um eine internationale Frage, die auf dem Friedenskongreß entschieden werden wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird auch in bezug auf Posen gewahrt werden. Keine nationale Mehrheit soll unterdrückt werden.

Die Versammlung nahm zum Schluß folgende Resolution an: „Die Reichsregierung wird ersucht, die unter der Bezeichnung „Heimatschutz Ost" geplanten Maßnahmen unverzüglich rückgängig zu machen, da sie geeignet sind, Ruhe und Frieden in der Provinz aufs schwerste zu gefährden. Die A.- u. S.-Räte der Provinz Posen sind durchaus in der Lage, in einmütigem Zusammenwirken der bodenständigen deutschen Soldaten, polnischen und jüdischen Soldaten und der übrigen Bevölkerung den vollen Schutz an den Grenzen und im Innern der Provinz zu übernehmen. Die A.- u. S.-Räte der Provinz Posen erklären für den ganzen Umfang ihres Wirkens den Grundsatz der Gleichberechtigung der Nationalitäten. Die A.- u. S.-Räte gewährleisten jeder Nationalität die Freiheit des Wortes und des Versammlungsrechtes. Sie werden sich aller Kräfte für den Schutz der Nationalitäts-Minderheiten nachdrücklich einsetzen."

Die wiedergegebene Mitteilung schafft endlich Klarheit über die Zustände in Posen, über die in der Berliner bürgerlichen Presse die unsinnigsten Gerüchte verbreitet werden. Wir haben sofort gegen diese Stimmungsmache Stellung genommen; jetzt bestätigt der Beschluß der A.- und S.-Räte der Provinz Posen unsere Auffassung, daß sich hinter dem Pressetrommel für den „Heimatschutz Ost" reaktionäre Machenschaften verbergen.

Keine Abspltterungen!

In der Sitzung des Exekutivkomitees des Dresdner Arbeiter- und Soldatenrats am Sonntag übergab der Vorsitzende Rühle folgende Erklärung:

„An den Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden!

Die Revolution entbüllt sich uns jedem Tage mehr als ein großangelegtes von den bürgerlichen Regierungen gewolltes und vorbereitetes Täuschungsmanöver zu dem Zwecke, die kapitalistische Gesellschaft vor dem drohenden Untergange zu retten. Um den Preis eines billigen Friedens mit der Entente, und unterstützt von dieser, geht die kapitalistische Klasse Deutschlands daran, den Kommunismus (Bolschewismus) — der die einzige wirkliche Gefahr des Kapitalismus bildet — zu erdrosseln. Sozialisten beider Richtungen leisten ihnen dabei Hilfe. Damit wird die sogenannte Revolution zu einer gegenrevolutionären Aktion.

Die Kommunisten Groß-Dresdens haben sich am 9. November mit den abhängigen und unabhängigen Sozialdemokraten verbündet, um die Sozial-Revolution durchzuführen. Die Erfahrungen einer Woche haben genügt zu der Erkenntnis, daß dieses Kompromiß unhaltbar ist. Revolutionäre und gegenrevolutionäre Tendenzen lassen sich nicht vereinigen.

Die Aufgabe, die begonnene Revolutionsbewegung weiterzuführen, zu steigern und zu vollenden, kann nur von den Kommunisten gelöst werden.

Deshalb treten wir aus dem Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresdens aus und legen die uns übertragenen Aemter nieder.

Dresden den 18 November 1918.

ges. Rühle, Vorsitzender."

Die „Leipziger Volkszeitung", der wir diese Erklärung entnehmen, bemerkt dazu:

„Es ist jedenfalls eine ganz eigenartige Auffassung, daß die Revolution ein von den bürgerlichen Regierungen gewolltes und vorbereitetes Täuschungsmanöver sei. Vorbereitend haben die bürgerlichen Regierungen nur insoweit gewirkt, als sie durch ihre reaktionären Tendenzen, durch Ausbeutung und politische Knebelung, den Widerstand gegen die alte Ordnung verstärkten. Der Ausbruch der Revolution ist aber nicht nach ihrem Wunsch und Willen, sondern spontan aus den Volksmassen erfolgt. Jetzt gilt es, das Errungene gegen die von der überraschten Kapitalistenklasse geplanten gegenrevolutionären Anschläge zu schützen. Das aber kann nur geschehen durch eine Zusammenfassung aller wirklich revolutionären Kräfte. Jede Zersplitterung schwächt unsere Position. Deshalb bedauern wir den Schritt Rühles. Es wäre richtiger gewesen, er hätte versucht, gemeinsam mit den Vertretern der unabhängigen Sozialdemokratie die lauen rechtssozialistischen Elemente vorwärtszutreiben, anstatt mit einer radikal klingenden Phrase einfach die Flinte ins Korn zu werfen."

Wir stimmen unserem Leipziger Bruderblatte durchaus zu. Nichts würde unsere Stellung mehr schwächen, als Zersplitterung unserer Kräfte, Zersplitterung der klassenbewußten Elemente der Arbeiterschaft, die in schwerem Kampfe gegen die Halben und Lauen wie gegen die offenen Feinde der proletarischen Revolution stehen. Zersplitterung unserer Kräfte bedeutet nicht nur Verwirrung, sie bedeutet auch Störung der verantwortungsvollen organisatorischen Tätigkeit, die unsere Partei zu entfalten hat, sie bedeutet nicht zuletzt auch Hemmung der intensiven Agitation in den Massen, die das Gebot der Stunde ist. Allen in dieser Richtung wirkenden Kräften muß das Proletariat Einhalt gebieten. Wir wollen keine verschwommene Einigkeitskomödie mit Leuten, die die Grundlagen des revolutionären Klassenkampfes preisgegeben haben. Wir wollen aber auch kein Hineintragen sektiererischer Spaltungsbestrebungen in das klassenbewußte Proletariat, das sich über die Hauptfragen seines revolutionären Kampfes durchaus einig ist und diese Einigkeit durch die Tat bewiesen hat. Hier heißt es für unsere Genossen: Wehret den Anfängen!

Das Hotel.

Der Verlag Paul Cassirer stellt uns das nachstehende Kapitel zu dem in Kürze erscheinenden Buche von René Schickel, „Die Genfer Reise" als Vorabdruck zur Verfügung.

Genf, eine dichte, weiße Stadt, öffnet breite weiße Ufer einem blauen See, der, aus gedrängter Bucht, sein letztes Wort findet im Augenblick, wo er in ihre Arme stürzt.

Das weiße Schiff, das den Hafen verläßt, öffnet Schleusen blauen Lichts, schwerbeladen mit Bläue kehrt es zurück. Die Segel ziehen perlende Netze hinter sich durch die Bläue. Die Glockentürme sind Lichtuhren im Blauen.

Der Wind hat alle Mühe, das Weiße vom Blauen zu scheiden.

Fern, aber noch einmal ganz klar verhaucht das weiße Echo des Montblanc in der höheren Bläue.

An einem Tag wie heute setzt der Mond auf das Weiße im Blauen einen Punkt von Silber.

Zum Glück ist der Salève da, ein robustes Felsstück, und sorgt dafür, daß die Stadt sich zusammennimmt und Haltung bewahrt. Er kann sie nicht hindern, stundenlang in einem Reihentrauch zu schweben.

Zögernd betreten wir jedesmal das Hotel. Es sieht aus, als hätten die Stäbe vorrückender und weichender Heere darin gehaust. Zurückgeblieben sind die Gebrandschatzten, die Entwurzelten, die Flüchtlinge, die hin und her gejagten von Ebbe und Flut. Greise, deren Augen es aufgegeben haben, in diesem Leben klar zu sehen, Kinder, schon entschlossen, es gar nicht erst zu versuchen. Alte Frauen, die ihren Rücken wie einen Karren schleppen. Man hört sie die Gänge entlangkeuchen oder in einem Klubsessel der Halle vor sich hinmurmeln. Dazwischen die Parasiten des Schutthaufens und die Unteren Leichenfledderer. Sie rollen, in allen Sprachen, das R und pflegen lange, vertraute Gespräche mit dem Portier. Und die Spione, die sich für Gelehrte halten, und Stiftsdamen, die, statt Almosen für ihre Armen, kleine Nachrichten sammeln. Die Kanaille, die gestern Patriot hieß, nennt sich, ohne den Beruf gewechselt zu haben, heute Pazifist. Und junge Witwen, nach deren Schleier die Stammgäste, peinlich berührt, die Hand heben, ältere, denen sie Achtung und Mitleid bezeugen, weil diese weder Neugierde noch Verlangen wecken. Auch trotten arglose Büffeljunge daher, gerettete des Schlachthofs. Andere, gebeutelte Krieger, lagern bei ihren Scherbenkuchen, im Kreis um einen Häuptling, dessen Augen und Ohren unermüdlich rundum gehen. Schlecht ist von allen denen keiner, aber keiner will gut sein.

Noch lebt in den weiten, teppichbelegten Räumen ein Nachklang von Welt und Halbwelt. Am Abend versammeln Musiker sich mit ihren Instrumenten um den Flügel und schicken sich an, Ernst zu machen. Aus den Wänden treten Frauen. Sie setzen sich gleich. Sie erwarten den Beginn des Balls. Die Hände haben sie im Schoß liegen, wie früher. Die gepuderten Arme sind die Henkel einer Vase, worin ihre Brüste ruhen, die geschminkten Lippen halten das Lächeln wie eine Papierblume. Ihnen schreiten entgegen eines Dicken Wulstbeine, die beim Gehen gallertig beben, sie verfingen sich in Schuhen, deren plötzliche Eleganz erstaunt. Der Mann wird zur Statue, sobald er still steht. Statue mit kecken Augen, die über einem aufwärts gebogenen Schnurrbart feilspringen. Der Mann ist ein vornehmer Wegelagerer und Vertrauensmann des Senats im alten Venedig. Er hat einen Haushalt in Mailand, einen andern in Rom, einen dritten Genua. Den Weg von einem zum andern führen ihn Mädchen des Landes, mit denen er, als Kenner, den Wein der Gegend trinkt. In Venedig liebt ihn die Tochter des Prokurators heimlich. Er will sich, nach dem nächsten gelungenen Streich, unterm Lorbeer mit ihr verloben. In Genf singt er, erfolgreiche, auf den Plätzen, mit fröhlichen Augen die Lachenden streifend, er singt nachts, bei der Heimkehr, in der verdunkelten Halle des Hotels. Seine Mutter, eine kleine, gebeugte Greisin, mit einer verstaubten Witwenhaube, die immer [illegible] ist, verläßt ihn nicht. Wenn er stehen bleibt, um zu singen, stehen sie bereits, und ihr Kopf zittert, als wäre er die Feder des Musikwerkes. Von hinten zeigt er ein Tonsur, auf die der Papst stolz wäre. Sie entrückt ihn, sowie er seinem Publikum den Rücken kehrt.

Gesammelt sitzt in der Loge der Concierge, in bester Gesundheit und bereit, aufzustehen und die Mütze zu heben vor dem Gast, dessen Erscheinen den Beginn der großen Saison ankündigt. Er prüft, mit einem Blick, jeden, der eintritt, ob er vielleicht dieser Gast sei. Nicht Enttäuschung ist es, die ihn dann auf dem Stuhl festhält, sondern die Erfahrung, daß der Concierge eines Weltkotels seine Kraft sparen muß, will er es bis zum Besitzer bringen.

•

„Einige Schritte vor dem Mittagessen können nicht schaden", sagt der berühmte Parteimann.

In der grellen Sonne des Quai du Montblanc schwankt unser Trupp hin und her. Vor dem Haus, aus dem die schwarzen Männer kürzlich den toten Hobler getragen haben, bleibt er stehn. Die Hüte über den geröteten Gesichtern klettern die vier Stockwerke hinauf. Dann schwimmt der Trupp langsam herum, eine verbrauchte Drehscheibe, und treibt den Quai wieder herauf. Es sind Sozialisten aus feindlichen Ländern, die einander, zufällig, in Genf getroffen haben. Alte Bekannte.

Sie erzählen, im Ton einer Beichte, was seit Jahr und Tag in ihren Zeitungen zu lesen war. Darüber hinaus vertrauen sie einander Geheimnisse an, aus denen hervorgeht, daß sie „gar nicht anders gekonnt haben", immer dieselben Geheimnisse. Dazu bleiben sie stehn und nicken, Brauen und Stirn hochgezogen, mit kleinen Kopfstößen einander bedeutungsvoll in die weitgeöffneten Augen. Ihr Flüstern versinkt im Gesumm der Fliegen. Sie gehen erst weiter, nachdem sie alle wiederholt mit den Schultern gezuckt haben. Es ist dies eine Art Absolution, die sie einander erteilen.

Einer von ihnen, der im Feld ein Bein gegen eine [illegible] getauscht hat [illegible]

Die Abrüstung des Krieges und der Aufbau der Friedenswirtschaft.

Vom Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung wird uns geschrieben:

Das Ziel aller Maßnahmen, die jetzt bei der Abrüstung getroffen werden, ist der Aufbau einer neuen Friedenswirtschaft, der Anfang einer besseren Zukunft für alle deutschen Männer und Frauen. Wie in der deutschen Politik, so soll auch in der deutschen Wirtschaft ein neues Leben beginnen. Was draußen verloren ist, soll in der Heimat gewonnen sein.

Das Wirtschaftsleben bedeutet eine Organisation, wie etwa eine Maschine. Alle Teile stehen in einem inneren Zusammenhang miteinander. Wenn ein Rad falsch läuft, wird der ganze Apparat gestört und in seinem Arbeitserfolg in Frage gestellt. Jeder ist aber ein Glied in dieser Maschine und in diesem Zusammenhang des ganzen Wirtschaftslebens.

Die Auflösung des Heeres muß schon aus diesem Grunde in Ruhe und Ordnung vor sich gehen. Jeder muß dabei helfen und hilft dadurch sich selbst, seiner Familie und dem deutschen Vaterland.

Wir wissen alle, daß der Wirtschaftsgang sich in bestimmten Stufen abspielt.

Zuerst müssen die Transportmittel richtig arbeiten, damit jedermann und jeder Rohstoff dorthin gebracht werden kann, wo die Arbeitsgelegenheit winkt — also müssen zuerst alle jene Soldaten entlassen werden, die bei den Verkehrs- und Transportunternehmungen tätig waren und dort auch wieder eingestellt werden sollen.

Dann müssen Rohstoffe beschafft werden, wo immer in Deutschland sie gewonnen werden können. — Demgemäß sollen die Bergarbeiter so rasch wir irgend möglich für ihre Arbeit freigemacht werden.

Hierzu wie überhaupt zur Aufrechterhaltung unseres ganzen Lebens ist Elektrizität, Gas und Wasser unentbehrlich. Deshalb müssen auch dafür die Arbeitskräfte gestellt werden.

Viele können nicht ohne weiteres eine Arbeitsgelegenheit finden. Die Arbeitsnachweise und die ganzen Organisationen der Arbeiter wie auch der Arbeitgeber müssen deshalb möglichst rasch für die großen Aufgaben gerüstet werden, für die sie bei der Rückkehr der Soldaten gebraucht werden — die Angestellten dieser Organisation und Nachweise müssen daher ihre Tätigkeit aufnehmen können, ehe die Arbeitnehmer in der Heimat passende Arbeitsgelegenheit zu angemessenen Bedingungen finden können.

So ist eine gleichzeitige Entlassung von allen oder gar ein willkürliches Weglaufen von der Truppe unvereinbar mit ihren eigenen wichtigsten Bedürfnissen. Unser ganzes Wirtschaftsleben käme durcheinander und sie würden aufs schwerste selbst darunter leiden. Selbstverständlich wird niemand entlassen, der noch nicht entlassen werden will; die Truppe wird für ihn noch weiter sorgen. Ebenso selbstverständlich werden in jener Reihenfolge, wie der Wirtschaftsbetrieb sie erforderlich macht, die älteren Jahrgänge zuerst und die jüngeren später entlassen werden; Familienväter früher als ledige Männer.

Es wird an Arbeitsgelegenheit in Deutschland nicht fehlen. Die Arbeitgeber haben sich den Arbeitnehmer-Organisationen gegenüber schon bindend verpflichtet, alle ihre früheren Arbeiter und Angestellten, wenn sie es wünschen, wieder in der gleichen Stelle einzustellen. Jeder tut daher gut, wenn er sich nach der Entlassung an den Ort begibt, wo er vor dem Kriege beschäftigt war und bei seiner alten Arbeitsstelle nach Beschäftigung fragt.

Wer nicht in seine alte Arbeitsstelle zurückkehren will, wird dazu in keiner Weise gezwungen. Wer neue Arbeit sucht, wende sich an den Arbeitsnachweis, der ihm am nächsten liegt. Es ist dafür gesorgt, daß über ganz Deutschland die örtlichen Arbeitsnachweise miteinander in Verbindung stehen. An jeder Stelle weiß also jeder Arbeitsnachweis, wo etwa Arbeitsgelegenheit noch unbesetzt ist.

Voraussetzung für einen richtigen Gang dieser Maschine ist aber, wie immer wieder betont werden muß, daß die Auflösung des Heeres in Ruhe und Ordnung und nach den allgemeinen Vorschriften und Plänen sich abspielt. Der einzelne muß sich dem ganzen unterordnen. Alle für einen, einer für alle — das sei die Losung!

Besonders ist zu warnen, sich mit Gewalt in die großen Industriebezirke zu drängen, wo die Schwierigkeiten der Ernährung und Unterkunft — wie alle wissen — besonders groß sind.

Es wäre auch unklug, nur in Großbetrieben nach Arbeit zu fragen. Die Arbeitsgelegenheit auf dem Lande und in den kleinen Betrieben ist vielfach günstiger. Für gute Löhne und Arbeitsbedingungen wird in Stadt und Land, in Groß- und Kleinbetrieben gleichmäßig gesorgt. Gewerkschaften und Arbeitgeber-Organisationen arbeiten — eine wichtige Errungenschaft des Krieges! — Hand in Hand miteinander.

Noch einmal sei es gesagt: Wenn die Abrüstung in Ruhe und Ordnung vor sich geht und niemand auf eigene Faust handelt, dann wird aus dem Kriege neues Leben rasch erwachen. Der Friede wird nicht nur Leben und Gesundheit sichern, sondern auch Freiheit und Wohlstand bringen.

„Unter uns: über die Pazifisten spotte ich nicht mehr. Die sind nicht nur die Theologen geblieben, die sie waren — darin übertreffen sie uns nicht — sondern sie haben, konsequenterweise, mit den Grundsätzen auch ihre Pantoffeln anbehalten."

Alle lachen.

Dann beginnt einer eine vernichtende Rede gegen die Utopie.

Zeitbetrachtungen.

Ihr Herren Dichter und Denker, die ihr bis zu dem Zusammenbruch zu immer neuen Morden hetztet, — die Revolution ist kein Schauplatz für eure Haselnußsprünge und Verwandlungskünste!

*

Hütet euch vor Menschen, die noch so oft purzeln können und doch immer wieder, gleich Stehaufmännchen nach allen Seiten sich verneigend, sich wieder aufrichten.

*

Wie manches demokratische Herz fühlt jetzt schon aus Angst für seinen Klubsessel reaktionäre Anwandlungen.

*

Etliche Politiker gleichen größenwahnsinnigen Wetterfahnen, die glauben, den Wind nach ihrer jeweiligen Richtung gedreht zu haben.

*

Als das Kind des „Putschismus" sich zur Revolution auswuchs, klatschten viele Beifall, die es tags zuvor noch erwürgen wollten.

*

Proletarier aller Länder, wenn ihr euch nicht bald vereinigt, erdrücken euch die Geldschränke eurer Unterdrücker.

Bruno Schönlank.

Und die Kirchensteuer?

Herr Otto Lehmann-Rußbüldt, Vorsitzender des Komitees „Konfessionslos", schreibt uns:

Die jetzige preußische Regierung hat am 14. d. M., unterzeichnet Breitscheid-Südekum, verfügt, daß die bisherigen Steuern und Abgaben unverändert weiter bezahlt werden müssen.

An sich ist dagegen nichts einzuwenden, auch zunächst grundsätzlich nichts dagegen, daß auch die Kirchensteuer so behandelt werde. Aber da die Art der Verwendung der bisher erhobenen Kirchensteuer einen vollkommenen Ausnahmezustand darstellte, so muß auch die Frage, wie von jetzt ab die Kirchensteuer verrechnet wird, geprüft werden. Die Kirchensteuer wurde nämlich vom Staat eingezogen, darauf den Kirchengemeinden überwiesen, ohne daß die Kirchen in einer Zentralinstanz öffentlich über die Verwendung der Kirchensteuern Rechnung legten.

Das Komitee „Konfessionslos" hatte vor Ausbruch des Krieges die Frage angeschnitten: „Was kostet und was leistet die Kirche?" Es lag darüber eine solche dicke Finsternis, wie sie während des Krieges über die Verwendung der Milliarden für die Heeresverwaltung gelagert hat. Dr. Adolf Fellmeth hat 1910 das einzige in Betracht kommende Werk darüber geschrieben: „Das kirchliche Finanzwesen in Deutschland", worin er beklagt, daß nichts Genaues darüber zu sagen sei aus Mangel einer eingehenden Statistik. Er sagt: „Hier wirkt eine allerdings historisch unschwer zu erklärende Scheu vor der öffentlichen Preisgabe der Verhältnisse entgegen, die namentlich und nicht mit Unrecht der katholischen Kirche nachgesagt wird."

Ich will heute auf die Frage des Vermögens der Kirche nicht eingehen, sondern nur auf die der laufenden Kirchensteuer. Bis 1909 war darüber nichts bekannt, wieviel Kirchensteuern überhaupt in Deutschland aufgebracht werden. Anläßlich der Reichsfinanzreform veranstaltete die Reichsregierung eine Rundfrage an alle Kirchengemeinden, deren Ergebnis die Feststellung einer Summe von 65 289 928 Mk. für 1907 war. Die Reichsstatistik bemerkte aber ausdrücklich, die Gesamteinnahmen der Kirchen wären vielmehr erheblich höher, jedoch ließe sich ihre Summe nicht einmal schätzungsweise angeben! Das sagt die Reichsstatistik! Auf Grund dieser Statistik hatte das Komitee „Konfessionslos" die Kirchensteuern für 1913 in ganz Deutschland, d. h. für Katholiken und Protestanten bei gleicher prozentualer Steigerung, auf 112 Millionen Mark geschätzt.

Die kirchliche Presse, so der „Reichsbote", beklagte es damals in spaltenlangen Artikeln, daß das Komitee „Konfessionslos" sich mit dieser Sache befasse. Die Kirchlichen erwiderten, daß in den einzelnen Gemeinden öffentlich Rechnung gelegt werde, und der „Reichsbote" schloß eine 3 Spalten lange Entgegnung mit der Behauptung, daß die Kirche doch im stillen so viel Gutes täte! Das geschah auf den Vorwurf des Komitees hin, daß die Wohlfahrtsleistungen der Kirche in gar keinem Verhältnis zu ihren Einnahmen ständen. Besondere Beachtung verdient es, daß damals die kirchliche Presse die Zahlen des Komitees in keiner Weise angriff.

Die Aufklärung über diesen merkwürdigen Umstand wurde für das Komitee gegeben, als im ersten Kriegswinter dem Komitee eine kirchenamtliche Drucksache Nr. 24 der „Vierzehnten ordentlichen Brandenburgischen Provinzialsynode 1914" bekannt wurde, in der unter Nr. E. O. I 3337 der Evangelische Oberkirchenrat unter dem 9. Oktober 1914 mitteilte, daß das ermittelte Steuersoll für Preußen 162 544 412 Mk. beträgt. Wenn also für die protestantische Kirche des ehemaligen Königreichs Preußen allein 162 Mill. M. mit 26 Prog. zur Kirchensteuer herangezogen werden, kann man sich veranschlagen, wieviel für die katholische Kirche in Preußen und für die evangelischen und katholischen Kirchen der übrigen Bundesstaaten herauskommt. Jedenfalls weitaus mehr als die schätzungsweise veranschlagten 112 Millionen. Das war für 1914. Inzwischen sind die Einkommen sehr gestiegen, so daß die Kirche daran außerordentlich profitiert, weil die Kirchensteuer automatisch mit der Einkommensteuer steigt.

Wie gesagt, es wird über die Verwendung der Kirchensteuern nicht in der Weise öffentlich Rechnung gelegt, wie es mit der Verwendung der anderen Staatssteuern geschieht.

Was folgt daraus für die jetzige Sachlage?

1. Daß ein Notgesetz für Preußen gemacht werden muß, wonach die Kirchensteuer sofort für die Personen wegfällt, die aus der Kirche austreten. Bisher war die Rechtslage die, daß die Kirchensteuer auch noch für das kommende Jahr bezahlt werden mußte, nachdem eine Person den Kirchenaustritt vollzogen hatte.

2. Daß zwar die Kirchensteuern von denen, die nicht aus der Kirche austreten, erhoben werden, daß aber, ehe die Kirchensteuern den Kirchengemeinden zur Verwendung verabfolgt werden, diese sich verpflichten müssen, dem Finanzministerium und nicht dem Oberkirchenrat Rechnung zu legen.

Die Einzelheiten mögen die Fachleute ausarbeiten.

Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft.

Eine Erklärung der Berliner Universitätslehrer.

In der Versammlung der Professoren und Dozenten der Berliner Universität, die am Sonntag stattfand, wurde nach längerer Diskussion eine Erklärung beschlossen, deren Wortlaut jetzt vorliegt. Sie lautet:

Angesichts der ungeheuren Umwälzungen, die aus dem Welt- und Massenkriege hervorgegangen sind, erklären die an der Universität Berlin vereinigten Geistesarbeiter, daß auch sie sich bereitwillig der provisorischen neuen Regierung unterstellen, die endgültige Ordnung der Verhältnisse von einer auf konkreten demokratischen Grundsätzen aufgebauten Nationalversammlung erwarten und ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst der zurückkehrenden Studenten und der neuen sich darbietenden Aufgaben der Volksbildung zu stellen bereit sind.

Bei den besonderen Verhältnissen der Universität Berlin ist es selbstverständlich, daß viele Lehrer es für ein Gebot der Würde und Aufrichtigkeit halten, ihre bisherige Anhänglichkeit an die glorreichen Traditionen des bisherigen Staates nicht zu verleugnen, und vor allem den Schmerz über den Verlust großer Güter empfinden, aber allesamt sind sie bereit, sich bedingungslos in den Dienst der Ordnung, einer restlos hingebenden Arbeit für unsere Studenten und für die neuen Unterrichtsaufgaben zu stellen.

Ebenso selbstverständlich ist es aber auch, daß eine andere Gruppe von Lehrern die aufsteigende neue Ordnung der Dinge als mit dem humanen und freien Geiste der Wissenschaft verwandt empfindet und nur den einen Wunsch hegt, die bevorstehende neue Ordnung mit den besten Ueberlieferungen des deutschen Geistes seit Kant und Fichte, Schiller und Goethe zu durchdringen, sowie bei der Lösung der gewaltigen sozialen Zukunftsaufgaben an ihrem Teile mitzuwirken. Alle sind daher praktisch einig in dem Entschlusse, dem Geist der Ordnung und der Pflicht für das Ganze zu dienen, und erwarten in dem Volksstaate der Freiheit vor allem die Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft, die wir selbst anzuerkennen und zu bestätigen für unsere erste Pflicht halten und durch die wir hoffen, Ursprünglichkeit und Frische der deutschen Wissenschaft zu steigern und zu kräftigen. Bleibt der Geist lebendig, dann ist nichts verloren.

Professoren und Dozenten der Universität Berlin.
Der Rektor: Seeberg.

Der Rückmarsch der deutschen Truppen.

Nach einer Meldung aus Frankfurt a. M. entwickelt sich der Rückmarsch an den drei dortigen Bahnhöfen ohne größere Störungen. In der Hauptsache handelt es sich um einzelne durchreisende Militärpersonen, hilfsdienstpflichtige Frauen und Jugendliche aus der Etappe. Am 19. d. M. wurden etwa 55 000 Personen mit der Bahn weiterbefördert. Vom Roten Kreuz wurden 14 000 Verpflegungsportionen ausgegeben. 52 Schulen hat die Frankfurter Behörde zur Unterbringung der durchreisenden Soldaten bereitgestellt.

Düsterer klingt eine Meldung der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa, wonach sich infolge des aufgezwungenen übereilten Rückzuges die Marschschwierigkeiten des deutschen Heeres, trotz bisher günstigsten Wetters vermehren. Die Franzosen scheinen sich auf keine Verlängerung der Räumungsfristen einlassen zu wollen. Die Katastrophe, d. h. Auflösung des Heeres, zügelloses Zurückströmen unter Plünderung des Landes, bewaffneter Widerstand gegen den nachrückenden Feind können jeden Tag eintreten, namentlich, wenn schlechtes Wetter kommt.

Tagung der Soldatenräte des Gardekorps.

In der am 20. November in Haverlands Gesellschaftssälen einberufenen Versammlung der Soldatenräte vom Generalkommando des Gardekorps kamen allerlei Klagen gegen den Vollzugs-Ausschuß zum Ausdruck. So finden in Charlottenburg zurückkehrende, verwundete Krieger keine Unterkunft, ohne daß durchgreifender Wandel geschaffen wird. In Berlin ist noch immer nicht die Frage der rückständigen Löhnung, der Bekleidung und Verpflegung zufriedenstellend geregelt. Auch der Aufruf der neuen Regierung, dem zufolge die Offiziere weiter ihre Waffen tragen sollen, gab zu Mißstimmung Anlaß. Davon konnte auch die spätere Umschreibung dieses Aufrufs nichts ändern. In vielen Aemtern üben die Offiziere ihre alte Macht aus, besonders im Kriegsministerium. Bezeichnend ist die Anordnung des Obersten Hahnke vom Kriegsministerium zwecks Bildung einer Heimatschutzarmee Ost. Mißliebige Leute werden immer noch strafversetzt. Im Lande gelten noch immer die Verfügungen des alten Kriegsministeriums und der früheren Generalkommandos. In der am Donnerstag stattfindenden Sitzung der gesamten Soldatenräte werden die Anträge vom Marineamt erledigt werden.

Aus Potsdam wurde der Versammlung mitgeteilt, daß alle umherlaufenden Gerüchte über die Besetzung der Soldatenräte durch die Offiziere auf Unwahrheit beruhen. Der Soldatenrat besteht aus 7 Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und 4 Vertretern der Sozialdemokratischen Partei. Unter den 20 bis 23 im Soldatenrat amtierenden Soldaten befindet sich nur ein Offizier, der die Interessen der Revolution voll und ganz vertritt.

Bekanntmachung des A.- u. S.-Rates Potsdam.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Potsdam teilt mit: „In der Berliner Zeitung „Die rote Fahne" wurde am 19. November 1918 behauptet, daß der A.- u. S.-Rat Potsdam bis auf zwei Mitglieder aus lauter adligen Herren zusammengesetzt ist, die nicht geeignet wären, die Interessen der Arbeiter und Soldaten voll und ganz wahrzunehmen. Der Potsdamer A.- u. S.-Rat gibt bekannt, daß der gesamte Rat nicht ein einziges Mitglied aus Adelskreisen oder aus Kreisen aktiver Offiziere aufweist. Schon am ersten Tage der Neuordnung erkannte der Vorstand des A.- u. S.-Rates, daß den dringendsten Ansprüchen der Potsdamer Garnison und den auswärtigen hier zusammenströmenden Militärpersonen auf Entlassung, Verpflegung und Unterkunft nur genügt werden konnte, wenn ein geschultes Personal sich zur Mitarbeit zur Verfügung stellte. Sollten nicht Unruhen und Plünderungen einreißen, so mußte der Vorstand zugreifen nach den sich bietenden Kräften. Diese Kräfte, vorwiegend Potsdamer Offiziere, hat er unter seiner Leitung und nach den mit den Obmännern der Truppenteile durchberatenen Richtlinien arbeiten lassen, ohne sie in den A.- u. S.-Rat aufzunehmen. Soweit jetzt nach Befriedigung des ersten Ansturms der Soldatenwünsche fähige Mannschaften sich zur leitenden Mitarbeit melden, sollen vom A.- u. S.-Rat Berlin (Generalkommando) zur Verfügung gestellt werden. Der Potsdamer A.- u. S.-Rat will hier keine Offiziers-Sammelstelle haben. Er will mithelfen, die Segnungen der Umwälzung zu erhalten und auszubauen."

Ein interessanter Matrosenbrief.

Der „Bergischen Arbeiterstimme" wird folgender Brief zur Verfügung gestellt, der sich auf Geschehnisse vom 31. Oktober bezieht und für die Geschichte der Matrosen- und Soldatenmeuterei und damit der Revolution von großem Interesse ist.

„. . . Hoffentlich kommt dieser Brief nicht in unrechte Hände. Also es sind große Dinge passiert bei der kaiserlichen Marine. Sämtliche Linienschiffe und Panzerkreuzer meuterten. Vielleicht kommt auch Euch etwas zu Ohren, aber ich werde es Dir hier klar und deutlich mitteilen. Wir waren mit unserer Flottille eine Zeitlang draußen und hatten in der Nordsee aufgeklärt, waren verschiedene Male mit den Engländer zusammen und [illegible] Anzeichen, daß etwas im Gange war.

Als wir nun vor einigen Tagen einlaufen wollten, sahen wir, daß vor der Wilhelmshavener Einfahrt die ganze deutsche Flotte mit sämtlichen großen Schiffen und Torpedobooten vor Anker lag, und wir mußten uns ebenfalls dorthin legen. Alles war erstaunt, niemand wußte Genaues. Plötzlich hieß es, der Flottenchef will in der deutschen Bucht Flottenmanöver machen. Auf den plumpen Blödsinn fiel natürlich keiner herein. Man bedenke aber auch diesen Unsinn, jetzt — mitten in der Krisis — ein großes Flottenmanöver abzuhalten.

Der erste „Seeklar"-Befehl war nun auf Mittwochnacht festgesetzt worden, wurde dann aber plötzlich auf Donnerstag verlegt. Wir auf den abseits liegenden Booten wußten nicht, was los war, man hörte wohl etwas munkeln, von Meuterei und Aufruhr, aber man glaubte es nicht. Gestern hieß es nun plötzlich: „B 97" und „B 112" (ein anderes Boot von unsrer Halbflottille) stehen von 8 Uhr an zur Verfügung. Chef des 1. Geschwaders." Wir gingen um 8 Uhr längsseits von S. M. S. „Ostfriesland", worauf sich der Chef des 1. Geschwaders befindet, der denn bei uns an Bord stieg. Wir wußten nun noch immer nicht, was wir von der ganzen Sache halten sollten, bis dann unser Halbflottillenchef die ganze Besatzung im Wohndeck antreten ließ. Dann hat er uns eine Rede gehalten, die ich in meinem Leben nicht wieder vergessen werde. Es wäre etwas Trauriges passiert, auf allen Geschwadern hätte die Besatzung verschiedener Schiffe den Gehorsam verweigerte. Als die Flotte auslaufen sollte, hätten die Mannschaften den Feuerlöschapparat angestellt, so daß in allen Kesseln das Feuer ausging. Bei jedem „Seeklar"-Befehl hätten sie dasselbe gemacht und infolgedessen das Auslaufen der Flotte verhindert. Man fragte sie nach dem Grund, worauf sie antworteten, sie würden sonst keinen Befehl verweigern, aber unter keinen Umständen auslaufen. Sie wollten den Verzweiflungskampf der deutschen Flotte nicht mitmachen. An höherer Stelle sagte man sich, ehe wir die Flotte ausliefern, setzen wir alles auf eine Karte. Lieber lassen wir alles kurz und klein schießen, ehe wir dem Engländer unsre schöne Flotte ausliefern. Und wie auch der Kommandant S. M. S. „Thüringen" sagte: „Wir feuern unsre letzten 2000 Schuß und wollen mit wehender Flagge untergehen." Darauf haben sie (die Soldaten) zu ihm gesagt, er solle alleine losfahren und nun ging der Krach los. Auf „Thüringen" und „Helgoland" vom 1. Geschwader war es am schlimmsten. Die Meuterer hatten sich im Vorschiff verbarrikadiert. Auf „Helgoland" hatten sie drei Geschütze besetzt. Die Rede, die unser Halbflottillenchef hielt, kann ich hier nicht ausführlich schreiben, er teilte uns nur mit, daß wir vom Befehlshaber der Torpedoboote dazu bestimmt seien, hier wieder Ordnung zu schaffen und, falls es die „Pflicht" erfordern sollte, müßten wir die Waffen gegen die eigenen Kameraden erheben. Wie uns zumute gewesen ist, kann ich keinem Menschen erzählen. Wir machten unsre Maschinengewehre, unsre Geschütze und Torpedos klar und fuhren etwa bis auf 200 Meter an die „Thüringen" heran. Inzwischen war aus Wilhelmshaven ein Dampfer mit 250 Marineinfanteristen eingetroffen, die die Aufrührer wegtransportieren sollten. Falls sich nun dieselben weigern sollten, den Dampfer zu betreten, sollte „B 97" dazwischen schießen.

Lieber Papa, wenn Du wüßtest, wie es mir zumute gewesen ist, als wir die Kanonen auf unsere Kameraden gerichtet hatten, welche ohnmächtige Wut ich hatte. Was sollten wir auch machen, es kam ja alles so plötzlich, keine Verständigung mit anderen Booten, keiner, der uns den Rücken deckte. Aber wir hofften ja immer noch, daß die Sache gut ablaufen könnte. Endlich nach einer Stunde gaben die Aufständischen ihre Sache auf und zeigten durch die Pullaugen die Rote-Kreuz-Flagge. Sie ließen sich dann, ungefähr 600 Mann, ruhig an Bord des Dampfers bringen. Uns fiel ein Stein vom Herzen, es hing an Haaresbreite, und wenn wir auch niemals auf unsere Kameraden geschossen hätten, auf uns waren von der „Helgoland" drei 15-Zentimeter-Geschütze gerichtet und wenn nur ein Schuß von uns gefallen wäre, von „B 97" wäre kein Holzsplitter mehr übriggeblieben.

Ich werde den 31. Oktober in meinem Leben nie vergessen, es war tausendmal schrecklicher wie bei Oesel oder im Kanal.

Auf der „Helgoland" und den andern Schiffen hatte sich der Tumult inzwischen etwas gelegt. Den Zweck haben sie ja erreicht, die Flotte wird in der nächsten Zeit nicht auslaufen, und wenn wir jedenfalls auch darunter leiden müssen, aber unsre Zeit kommt bald oder der Friede muß bald kommen. Sonst machen wir ihn uns selber. Die Marine macht nicht mehr mit — wenn nur die Armee und das Volk bald folgt.

Heute liegen wir noch in Wilhelmshaven, morgen schon gehen wir nach einer andern Stationsbasis, wahrscheinlich Brunsbüttel am Kaiser-Wilhelm-Kanal.

So, lieber Papa, das ist nun, was ich Dir vorläufig mitteilen kann. Beunruhigt Euch nicht, wenns auch etwas drunter und drüber geht. Totschießen lassen wir uns nicht mehr die letzten Tage."

Von der Jugend verurteilt.

Schneller als erwartet werden konnte, ist der abhängigen Jugendbewegung, der „Arbeiter-Jugend", von der Berliner Jugend das Urteil gesprochen worden. Unter dem Schutze des Belagerungszustandes hatte man auf jener Seite die oppositionelle Jugend, die den Patriotismus und das Kriegs- und Siegesgeheul der Schulz-Ebert-Zentrale und ihrer Zeitung „Arbeiter-Jugend" nicht mitmachte, mit den schofelsten Mitteln bekämpft. Die oppositionelle Jugend, die sich während des Krieges im Jugendbildungsverein, später bei dem Zusammenschluß der beiden oppositionellen Richtungen in der „Freien Jugend Groß-Berlin" zusammenfand, ließ sich in ihrer Arbeit nicht irremachen. Und heute hat sie die Genugtuung, daß ihre Grundsätze sich durchgesetzt haben.

Am Sonntag versuchte die bisher kriegsbegeisterte Durchhalte-Jugendbewegung, der „Verein Arbeiter-Jugend", bei der Berliner Jugend Geschäfte zu machen. Er hatte nach den Sophiensälen eine Jugendversammlung einberufen mit dem Thema: „Das Gebot der Stunde". Das Referat hielt der berüchtigte Heilmann, der früher nicht genug fremde Länder annektieren konnte, der aber heute, man höre, die deutsche Revolution feierte. Dem Manne wurde denn auch von den jugendlichen Diskussionsrednern dafür ganz derb mitgespielt. Hieb auf Hieb sauste auf diesen Verräter der Arbeiterklasse hernieder. Und dem „Verein Arbeiter-Jugend" ging es für seine Erziehung der Jugend zum Durchhalten nicht besser. War die Ansicht der Versammlung im Anfang noch zweifelhaft, so zeigte sich am Schluß, daß die ganze Versammlung fast einmütig der „Freien Jugend Groß-Berlin" zujubelte. Entsetzen packte die Versammlungsleitung über diesen Erfolg. Heilmann flüchtete vor Schluß und überließ seine Getreuen dem Gelächter der Versammlung. Das Gebot der Stunde aber hieß: Beitritt der arbeitenden Jugend zur „Freien Jugend Groß-Berlin". (Jugend-Sekretariat: Schicklerstr. 5, Hof 2 Tr.)

Politische Nachrichten.

Der Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit dem früheren Generalgouvernement Warschau ist eingestellt.

Bevorstehende Lohnkämpfe in Amerika. Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet „Daily Telegraph" aus New York: Die Erklärung von Gompers, daß die amerikanischen Arbeiter nichts unterlassen werden, um die jetzigen hohen Löhne und kurzen Arbeitszeiten beizubehalten, hat das amerikanische Kapital beunruhigt. Die verschiedenen Geschäftsleute werden sich Bestrebungen, die jetzigen Löhne und Arbeitszeiten beizubehalten, ernstlich widersetzen.

Die Lebensmittelanfuhr. Es sind jetzt Schiffe mit 200 000 Tonnen Lebensmitteln für Frankreich, Belgien und Oesterreich nach Europa unterwegs. Die Schiffe fahren mit versiegelten Befehlen nach Gibraltar, Bristol und den Kanalhäfen.

Die Uebergabe von Straßburg. Aus Straßburg wird telegraphiert: Die Räumung der Stadt ist nahezu beendet. Die Vorverhandlungen mit der Entente zum Zwecke der Uebergabe sind bereits im Gange. Der Soldatenrat löst sich bei der Besetzung der Stadt auf. Nur der Arbeiterrat wird bestehen bleiben und sich neu konstituieren. Ueberall herrscht Ruhe und Ordnung.

Groß-Berlin.

Die Bankbeamten im revolutionären Deutschland.

Ueber dieses Thema sprach im überfüllten großen Saale der Germania-Prachtsäle Genosse Dr. Rudolf Breitscheid. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die im überfüllten großen Saale der Germania-Prachtsäle stattfindende Versammlung der Bankbeamten Groß-Berlins bekennt sich nach den Referenten Breitscheid, Marx, Emonts begeistert zu der Revolution und ihren politischen Errungenschaften. Sie begrüßt den Sturz des Obrigkeitsstaates und erklärt sich gerne und freudig bereit, Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft das Errungene zu verteidigen, dem Siegeszug der Arbeitnehmer zu weiteren Erfolgen zu verhelfen.

Als Arbeitnehmer des Bankgewerbes erkennen die Versammelten in wirtschaftlicher Beziehung nur in dem Allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten ihre berufene Interessenvertretung gegenüber den Volksbeauftragten und Betriebsleitern. Sie erwarten von dieser, ihrer Organisation, daß sie im engsten Einvernehmen mit der Regierung und der Exekutive der Volksbeauftragten unverzüglich daran geht, die Programmpunkte der Gewerkschaft zu verwirklichen:

1. Steigender Anteil der Arbeitnehmer am Ertrage ihrer Arbeit,
2. Schutz der Arbeitskraft vor Ausbeutung jeder Art,
3. Sorge der Gesamtheit für die durch Konjunktur und Zeitereignisse arbeitslos Gewordenen,
4. Ausschüsse aus den Reihen der Arbeitnehmer, die imstande sind, das Arbeitsvertragsverhältnis vor aller Willkür zu schützen.

Von den Bankleitungen erwartet die Versammlung Uebereinstimmung mit ihr dahin, daß es die schaffende Arbeit ist, die das Kapital zu Leben und Bewegung befruchtet. Auf der Grundlage dieser Erkenntnis wird zwischen gewerkschaftlich organisierten Bankangestellten und den organisierten Betriebsleitern eine baldige Verständigung über die Politik erwartet, die dem Gewerbe, allen in ihm werktätig Schaffenden und damit auch der gesamten Volkswirtschaft zu neuer Blüte verhelfen soll.

Es lebe die organisierte Arbeit in der freien deutschen Volksrepublik!

Der Pelzmantel in der Fernsprechzelle.

Für ein kleineres Berliner Konzert-Café war eine Gehilfin angenommen worden, die beim Antritt unter anderem einen Pelzmantel mitbrachte. Als sie die Schwester der Inhaberin fragte, wo sie den Mantel hinhängen könnte, wies ihr diese die Telephonzelle als Aufbewahrungsort an. Die Gehilfin tat, wie ihr geheißen, und noch am Abend desselben Tages hatte der schöne Pelzmantel einen anderen Liebhaber gefunden. Die Folge davon war, daß die geschädigte Gehilfin Ersatz des Mantels von der Beklagten vor dem Berliner Gewerbegericht verlangte. Die Inhaberin des Lokals bestritt zunächst den Wert des Bekleidungsstückes und bestritt im übrigen ihre Haftpflicht. Wenn sich die Klägerin an sie gewandt hätte, dann hätte sie einen großen Karton angewiesen bekommen. Aus diesem Karton, der unter dem Büffett stehe, sei noch niemals etwas fortgekommen. Vom Gericht aufgefordert, Beweis über den Wert des Mantels beizubringen, etwa durch Nennung des Verkäufers oder Ueberreichung der Rechnung, erklärte die Gehilfin, das sei ihr unmöglich; der Mantel sei ein „Gelegenheitskauf", der in einer Konditorei zustandegekommen sei, und den Namen der Verkäuferin wisse sie gar nicht.

Das Gewerbegericht hielt einen Anspruch auf Schadenersatz dem Grunde nach für gerechtfertigt. Die Höhe des Schadens habe aber Klägerin noch zu beweisen. Es wird ihr aufgegeben, noch Beweise dafür zu erbringen. Die Klägerin habe „überaus leichtfertig gehandelt, wenn sie etwas von Wert in die Telephonzelle hänge, aber auch ein Karton sei kein genügender Schutz vor Diebstahl. Der Gehilfe könne einen verschließbaren Raum verlangen.

Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat durch Bekanntmachung vom 6. November (Reichsanzeiger Nr. 272) für die gewerblichen Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohle, Koks und Briketts monatlich die Meldepflicht für Dezember erneut ausgesprochen. Wichtig in der neuen Bekanntmachung ist, daß der Bezug von Brennstoffen straffer als bisher an die Einreichung der Meldekarte gebunden ist. Die Anpassung der Bestimmungen an die Bedürfnisse der Demobilmachung wird auf einem besonderen blauen Zettel erläutert, der den bei den bekannten Stellen (Kriegsamt-, Ortskohlen- oder Kriegswirtschaftsstellen) erhältlichen Meldekartenheften vorgeheftet ist.

Der neue Polizeivollmächtigte für Berlin-Wilmersdorf. Wie der Arbeiter- und Soldatenrat Berlin-Wilmersdorf mitteilt, ist gemäß der Besprechung und der dabei getroffenen Abmachungen mit dem Vertreter des Ministers des Innern, Ernst, und dem Berliner Polizeipräsidenten Eichorn, die am Sonntag, den 17. d. Mts., im Berliner Polizeipräsidium stattfanden, als Beigeordneter des Polizeipräsidenten von Berlin-Schöneberg für den Bezirk Berlin-Wilmersdorf der militärische Volksbeauftragte, Kamerad Schulz, gewählt worden. Er hat seine Funktionen eines Beigeordneten bereits übernommen und ist zur Entgegennahme von Wünschen und Beschwerden täglich von 11—2 Uhr im Zimmer 182 des Schöneberger Polizeipräsidiums zu sprechen.

Lebensmittelnachrichten. Auf Abschnitt 72 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin entfallen 100 Gramm Grieß, auf Abschnitt 73 derselben Karte 100 Gramm lose Suppen, ferner auf Abschnitt 22 der Lebensmittelkarte für Jugendliche 100 Gramm Weizenmehl und auf Abschnitt 23 derselben Karte 100 Gramm Graupe oder Grütze. Der Preis für Grieß beträgt 48 Pf., für Graupe oder Grütze 44 Pf. je Pfund. Die Abschnitte sind in der Zeit vom 21. bis 23. November 1918 in den Kleinhandelsgeschäften abzugeben.

Frau Minna Cauer ruft im Auftrage des Vereins Frauenwohl Groß-Berlin, Ortsverein des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes, zum Sonnabend, den 23. November, abends 8 Uhr, im Rheingold, Bankettsaal, eine Versammlung ein. Dr. phil. Helene Stöcker wird über: Frauen — Freiheit — Friede — sprechen.

Revolution und Kirche. Der Bund der Konfessionslosen veranstaltet am Freitag, den 22. November, abends 7½ Uhr, in den Prachtsälen des Westens, Spichern Straße 8, eine öffentliche Versammlung über das Thema: Revolution und Kirche, die mit Ansprachen von Frau Bohm-Schuch sowie der Herren Professor Dr. Holde, Redakteur Dr. Mischke, Schriftsteller Emil Unger, Dr. G. Zepler eröffnet wird.

Beim Einbruch ertappt und erschossen wurde in der vergangenen Nacht der 24 Jahre alte Soldat Draß, der aus dem Militärgefängnis in Burg bei Magdeburg entwichen war und sich seitdem in Groß-Berlin umhertrieb. Eine Sicherheitspatrouille des A- und S-Rates überraschte ihn, als er auf dem Gelände an der Kurfürstenstraße dabei war, eine erbrochene Laube auszuplündern. Der Ertappte leistete tätlichen Widerstand. Die Patrouille war gezwungen, von ihrer Schußwaffe Gebrauch zu machen, und eine Kugel traf den Einbrecher so schwer, daß er tot zusammenbrach.

Auf einen flüchtigen Bahnhofskommandanten wird in Berlin gefahndet. Der Bahnhofskommandant Möller in Kassel, der vom A- und S-Rat dort eingesetzt war, wurde von diesem unter dem Verdacht der Veruntreuung seines Amtes enthoben. Er ergriff die Flucht und nahm auch noch Papiere mit, die er jetzt wahrscheinlich zu unlauteren Zwecken benutzen wird. Gewisse Anzeichen lassen darauf schließen, daß sich der Flüchtige nach Berlin gewandt hat.

Letzte Nachrichten.

Die Schweizer Partei.

Bern, 20. November. (Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur.) In Zürich findet am 1. Dezember der Schweizerische Sozialdemokratische Parteitag statt, der sich mit der Besprechung des Landesstreikes befassen wird. Am 21. und 22. Dezember wird ein allgemeiner Schweizer Arbeiterkongreß abgehalten, um das weitere Vorgehen der Arbeiterschaft zu besprechen.

Gegen den Genossen Nationalrat Dr. Affolter, Mitglied der Solothurnischen Kantonregierung, ist das Ausschlußverfahren eingeleitet worden wegen seiner Weigerung, den Aufruf zum Landesstreik mitzunterschreiben.

Das Sudetenland.

Wien, 20. November. In Troppau fand die konstituierende Sitzung der provisorischen Landesversammlung im Sudetenland statt. In einer unter lebhaftem Beifall angenommenen Entschließung begrüßte die Landesversammlung die Bildung der Republik Deutschösterreich und deren Anschluß an die Republik Deutschland, verwahrt sich aber allerentschiedenst gegen die Absicht, das Sudetenland, dessen rein deutscher Charakter auch von den Tschechen nicht bestritten wird, dem tschecho-slowakischen Staate einzuverleiben.

Sturmflut am Lorenzstrom.

Quebec, 20. November. Ungeheure Zerstörung wurde in den am Fluß gelegenen Städten und Dörfern durch eine Sturmflut angerichtet, die in der letzten Nacht über den St. Lorenzstrom einherbrauste. Strecken der Eisenbahn nach Quebec wurden unterspült und ganze Uferstrecken in den Fluß gerissen. Der Ort Batiscan, 117 Meilen nordöstlich von Montreal, wurde teilweise überschwemmt und steht in Brand.

Die Demobilmachung in Amerika.

Bern, 20. November. Die Demobilmachung der Vereinigten Staaten wird laut Mitteilung des Generals March folgendermaßen verlaufen: In den nächsten 14 Tagen werden zunächst die augenblicklich in den Truppenlagern der Vereinigten Staaten befindlichen 200 000 Mann entlassen. Dann werden täglich 30 000 Mann entlassen bis zur Höhe von 1 700 000 Mann. Die Verwundeten und Invaliden sollen so schnell wie möglich nach den Vereinigten Staaten zurückgebracht werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Nestriepke, Berlin-Wilmersdorf.
Druck der Lindendruckerei und Verlagsges. m. b. H.,
Schiffbauerdamm 19

Parteigenossen
die sich als
Straßenverkäufer
der „Freiheit" fest verpflichten wollen, werden zu günstigen Bedingungen (feste Bezahlung und Gewinnanteil an jedem verkauften Exemplar) vom Verlag der „Freiheit" angenommen. Meldungen von 10 bis 12 Uhr in der Expedition, Schiffbauerdamm 19, 4 Tr.

Bildhauer
gesucht
Kristeller,
Fabrik für künstliche Glieder,
Hasenheide 54.

Stempel u. Schilder
Vereins-Abzeichen
Löhrig,
Reuterstraße 17.

Gute Verdienstmöglichkeiten
bietet jedem der **Strassenverkauf** der „Freiheit". Ausgabe täglich morgens ab 4 Uhr und nachmittags ab 2½ Uhr. Jeder kann Exemplare abholen, um sie mit einem **Gewinn von 4 Pfg. für das Exemplar** weiter zu vertreiben.

Bestellschein.
Bitte hier ausschneiden, ausfüllen und einsenden an den Verlag der „Freiheit" Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit beim

.....

ab 1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
„Die Freiheit"
Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
zum Preise von M. 2.00 monatlich bei freier Zustellung ins Haus.

Name: .....

Ort: ..... Straße ..... Nr. .....
(Name deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen.)